

Wissensgesellschaft

Wissensgesellschaft ist ein strategischer Begriff, der wie „postmoderne Gesellschaft“, „postindustrielle Gesellschaft“, „Erlebnis-“, „Konsum-“, „Risiko-“, „Medien-“ oder „Informationsgesellschaft“ und ähnliche Begriffe die Aufmerksamkeit auf einen bestimmten Aspekt lenken möchte. Die Aspekte, die der Begriff Wissensgesellschaft besonders hervorhebt, sind Wissen und Bildung.

Wissen wird, so die Behauptung, neben Kapital zu einem immer wichtigeren Produktionsfaktor der modernen Wirtschaft. Wissen gibt es in vergegenständlichter Form als Technologie. In sie sind Erfindergeist und Wissenschaft eingeflossen. Sie wird kontrolliert durch Eigentumstitel an Patenten und Nutzungsrechten. Wissen spielt aber auch beim Einsatz der lebendigen Arbeit eine große Rolle. Die These der Wissensgesellschaft behauptet sogar, dass diese Rolle immer größere Bedeutung erlangt: Viele wirtschaftliche Prozesse sind nicht mehr durch das bloße Ausführen wohlbestimmter Aufgaben zu bewältigen, sondern in steigendem Maße durch Beteiligung und Eigenverantwortung. Es geht dabei nicht um mehr wirtschaftlich Selbständige, sondern darum, dass abhängig Beschäftigte nicht mehr in einer Befehl-Gehorsam-Kultur arbeiten, sondern in einer Kultur von Kooperation sowie Prozess- und Ergebnisverantwortung. In immer mehr Betrieben geht es nicht mehr um die Herstellung von Massenware, sondern um komplexe Systemlösungen, die sich nur durch den Einsatz von Subjektivität der lebendigen Arbeit oder durch lebendiges Wissen finden lassen, das im Unterschied zum vergegenständlichten Wissen (in Technologie) von der Arbeitgeberseite nicht leicht kontrolliert werden kann und gewissermaßen freiwillig eingebracht werden muss.

Beispiel: Die Automobilindustrie produziert zwar noch immer Automobile. Die Aufgabe besteht heute aber zunehmend darin, nicht das physische Produkt Auto zu verkaufen, sondern Mobilitätsbedürfnisse der Kunden zu befriedigen. Die Menschen wollen das Auto nicht mehr unbedingt besitzen, sondern es dort nutzen, wo ihnen Fahrrad, Bahn oder Bus nicht ausreichen. Die Lösung dieser Fragen – zum Beispiel durch Car-Sharing eingebunden in weitere Nutzungsmöglichkeiten – erfordert kommunikative und logistische Leistungen, die weit über die Herstellung der physischen Produkte hinausgehen. Es geht um Kommunikation mit den Kunden und um Kooperation mit ihnen, die in gewisser Weise zu Koproduzenten des Mobilitätsangebots werden.

Der zweite Aspekt ist Bildung. Die These der Wissensgesellschaft behauptet, dass die Anforderungen an die Subjektivität der Arbeitskräfte bessere Bildung erfordern. Dabei geht es zum einen um höhere Qualifikationen, die mit dem steigenden Komplexitätsniveau technologischer Prozesse Schritt halten. Der Autoschlosser muss sich zum Mechatroniker weiterentwickeln. Zum zweiten geht es aber auch um die genannten extrafunktionalen Fähigkeiten: Kommunikationsfähigkeit, Kooperationsfähigkeit, die Fähigkeit längerfristige Prozesse zu überblicken und auch bei Rückschlägen durchzustehen. Hier geht es um die Bildung von Subjektivität, die vielfältig wirtschaftlich einsetzbar ist. Bildung gilt im Konzept der Wissensgesellschaft als eine entscheidende Voraussetzung modernen Wirtschaftens. Ihr Ziel ist Beschäftigungsfähigkeit (employability).

Wissensgesellschaft ist ein sehr erfolgreiches Konzept. Die Europäische Union hat es sich zu eigen gemacht und richtet daran ihre Strategie für Berufs- und Hochschulbildung aus. Sie will beide auf Beschäftigungsfähigkeit ausrichten und fördert generell ein kontinuierliches Upgrading der fachlichen und extrafunktionalen Fähigkeiten. Auch in den politisch sehr einflussreichen Ländervergleichen der

OECD¹ spielt Bildung eine Schlüsselrolle. Aus Sicht der OECD sind jene Länder besser für die Herausforderungen der Wissensgesellschaft gerüstet, in denen größere Anteile der Jugendlichen eine Hochschulbildung beginnen und abschließen. Das Konzept Wissensgesellschaft enthält also die dringende Empfehlung an die Politik, mehr junge Menschen zum Abitur zu führen und ihnen Studienplätze zur Verfügung zu stellen. Steigende Abiturienten- und Studierendenzahlen gelten als Erfolgsindikatoren. Der wissensgesellschaftliche Fokus auf Bildung und vor allem bessere und höhere Bildung hat Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Gerade weil es hier um Ziele geht, die absolut berechtigt erscheinen, muss man fragen, wie die Kehrseite dieser gesteigerten Aufmerksamkeit für Bildung, Beschäftigungsfähigkeit und erhöhte Ansprüche an Selbständigkeit und Verantwortung der lebendigen Arbeit aussieht. Welche Folgen hat die vom Konzept der Wissensgesellschaft implizierte und meist auch explizit vertretene These, die Wissensgesellschaft löse die Industriegesellschaft ab? Welche Hoffnungen, ja welches Emanzipationspotenzial werden damit verbunden? Wer könnte zu den Gewinnern, wer zu den Verlierern gehören? Wird mit der These von der post-industriellen Wissensgesellschaft die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse unterstützt? Führt die Ausrichtung auf bessere und höhere Bildung zur Abwertung der beruflichen Bildung? Und schließlich: ist die Kehrseite des wissensgesellschaftlichen Fokus auf Bildung nicht „Bildungsangst“, die sich heute bereits in Kindergärten und Schulen bemerkbar macht?

Post-industrielle Wissensgesellschaft: die Sorge vor neuen Spaltungen

Anders als hier wird in vielen Studien zur Wissensgesellschaft behauptet, die Wissensgesellschaft folge auf die Industriegesellschaft.² Am Anfang dieser Diskussion³ in Wissenschaft und Politik standen Trends und ihre politische Bewertung. Der Begriff der post-industriellen Gesellschaft rahmte das Szenario einer auseinanderfallenden Gesellschaft. Die Frage war, wie die technologische Entwicklung und die von ihr ausgehenden Qualifikationsanforderungen so gesellschaftlich organisiert werden könne, dass sie den Menschen mehrheitlich nütze. Das bedeutete eine andere Herangehensweise als im Konzept der Wissensgesellschaft: letztere bezeichnet einen technologischen Trend und erhöhte Anforderungen der Wirtschaft und leitet daraus Forderungen für die Bildung und Wissen ab. Die kritische Diskussion der Industriegesellschaft stellte vielmehr die Frage, ob sich dieser Trend gemeinwohlverträglich gestalten ließe. Denn die Sorge war, dass dieser technologische Fortschritt die Gesellschaft in Modernisierungsgewinner (Unternehmer, Investoren, Hochqualifizierte) und Modernisierungsverlierer (Geringqualifizierte, Arbeitslose, Entwertete, Überlastete) aufspalten würde. Mit dieser Spaltung geht der Verlust der Institutionen der Industriegesellschaft einher: die Auflösung der prägenden und orientierenden Milieus und der aus ihnen hervorgehenden Volksparteien⁴; die Abwertung der Gewerkschaften als Klasseninstitutionen zu Interessensvertretern

¹ Organisation for Economic Co-operation and Development mit Sitz in Paris. Die OECD ist für den Ländervergleich "Bildung auf einen Blick" und zum Beispiel auch für die PISA (Programme for International Student Assessment)-Studien verantwortlich, mit denen sie die Leistungskraft der schulischen Bildung der Länder vergleicht.

² Nico Stehr, „Moderne Wissensgesellschaften“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36/2001 (<http://www.bpb.de/apuz/26052/moderne-wissensgesellschaften>)

³ Schon bei Alain Touraine, *La Société post-industrielle*, Paris 1969; dt.: *Die post-industrielle Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1972. Ich orientiere mich hier am Referat von Manfred Moldaschl, „Mythen der Modernisierung – Arbeit in der Wissensökonomie“, in: Birger P. Priddat/Klaus-W. West (Hg.), *Die Modernität der Industrie*, Marburg 2012, S. 215 – 247

⁴ Vgl. Franz Walter, *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld 2009; *Von der Emanzipation zur Meritokratie. Betrachtungen zur 150-jährigen*

der höher qualifizierten (Fach)Arbeiter. Die Abwertung und Auflösung des Systems der beruflichen Bildung, das Wirtschaft und Gewerkschaften und Staat sozialpartnerschaftlich in der Verantwortung für ein hohes Niveau beruflicher Bildung verbindet und das Profitinteresse sozial begrenzt. Der Abschied von der Industriegesellschaft wird als Auflösung der von ihren Institutionen und institutionellen Kompromissen zusammengehaltenen Klassengesellschaft begriffen. Besonders deutlich wird das an der Absicherung von Arbeitslosigkeit, durch die der Sozialstaat die Klasse der Lohnabhängigen gegen die Kapitalmacht stärkt. Sie weicht im Rahmen des Konzepts der individualisierten Wissensgesellschaft der Verpflichtung, während der Phasen ohne Erwerbsarbeit an sich zu arbeiten, sich weiterzubilden und seine Employability zu steigern. Ziel dieser Politik ist die totale Mobilmachung des ganzen Menschen als Arbeitsmenschen – des Menschen, der auch außerhalb des förmlichen Lohnverhältnisses an sich selbst im Hinblick auf seine Verwertbarkeit arbeitet. Dieser Prozess der De-Institutionalisierung wird gesellschaftlich reflektiert in anderen Konzepten der Beschreibung der Gesellschaft: An die Stelle der Gesellschaft der Klassen und ihrer Institutionen⁵ treten Individualisierung und das bürgerliche Versprechen des Aufstiegs in höhere Schichten – durch Leistung und hier vor allem durch Bildung; an die Stelle der gesellschaftlichen Klassenspaltung tritt die Unterscheidung zwischen den Inkludierten und den Exkludierten.

Emanzipationshoffnungen

Die Bildung von Subjektivität und die Bereitschaft zur Bereitstellung lebendigen Wissens, die oben als Bedingung für die Bewältigung komplexer wirtschaftlicher Aufgaben geschildert wurde, erscheint aus kritischer Perspektive als totale Mobilmachung, als Entgrenzung der Arbeitszeit bis in die letzten Winkel des Privatlebens.⁶ Doch gerade darin haben einige Kritiker auch Emanzipationschancen gesehen. So stellt die Entgrenzung der Arbeitszeit bis in die privaten Beziehungen auch deren traditionelle Muster in Frage. Hochindividualisierte Wissensarbeiter verabschieden sich vom Normalarbeitsverhältnis, das dem Mann die Rolle des außerhäuslichen Alleinernährers in Vollzeitbeschäftigung und der Frau die Rolle der Sorge für Haushalt, Kinder und Familienfrieden zuschreibt. Dieses Normalarbeitsverhältnis ist eine der soziokulturellen Grundlagen der deutschen Industriegesellschaft. Ein ganz anderes Emanzipationspotenzial ergibt sich aus der Schlüsselstellung, die in der Wissensgesellschaft den sogenannten „Symbolanalytikern“ oder der „kreativen Klasse“ zugeschrieben wird. Robert Reich⁷ und Richard Florida⁸ versuchen mit diesen Begriffe den Typus professioneller Arbeit zu fassen, die in Forschung, Programmierung, Projektorganisation und Beratung über die Produktionsmittel Wissen, Information und Einschätzung selbst verfügen und sich

Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksintellektuellen und sozialer Demokratie, Göttingen 2013 (gemeinsam mit Stine Marg).

⁵ So wurde zum Beispiel das Gymnasium als Klasseninstitution wahrgenommen – ein Bewusstsein, das im Kampf der SPD gegen das Gymnasium und für die Gesamtschule als Kontrolle der bürgerlichen Eliten aufscheint, während das Engagement der Grünen für die Gemeinschaftsschule als Ort der individualisierten Bildung eher dem Stand einer Gesellschaft der Individuen und individueller Bildungs- als Aufstiegsaspirationen entspricht. Doch auch die Grünen verkennen, dass das Gymnasium in Deutschland die Funktion einer Leitinstitution der schulischen Bildung hat. Dazu: Heinz-Elmar Tenorth, „Das Gymnasium als Leitinstitution des deutschen Bildungswesens“, *Engagement*, (2008) 3, S. 252-263.

⁶ Siehe Sara Horowitz, „The Freelance Surge Is the Industrial Revolution of Our Time“, *The Atlantic*, September 1, 2011 (<http://www.theatlantic.com/business/archive/2011/09/the-freelance-surge-is-the-industrial-revolution-of-our-time/244229/>).

⁷ Robert B. Reich, *The Work of Nations. Preparing Ourselves for 21st Century Capitalism*, New York 1992; dt. *Die neue Weltwirtschaft*, Frankfurt/M. 1993.

⁸ Richard Florida, *The Rise of the Creative Class*, New York 2002.

als ihre eigenen Arbeitskraftunternehmer der herkömmlichen Kontrolle durch die Arbeitgeber entziehen können. Ihre Arbeit wird immer häufiger als, meist kooperative und kommunikative, Projektarbeit organisiert, deren Produkte den Charakter urheberrechtlicher Werke haben und auf der Grundlage Dienst- und Werkverträgen bezahlt werden. Und so entbrennt um die Produkte ihrer „kreativen Arbeit“ ein Kampf um Kontrolle und Verwertungsrechte. Die Arbeitgeberseite versucht ihre Kontrolle über das lebendige (im Unterschied zum in Maschinen vergegenständlichten) Wissen dieser professionellen Wissensarbeiter auszudehnen durch Wissensmanagement- und Lizenzsysteme wie Firmengeheimnisse, Markenrecht, Designschutz, Urheberrecht, Patentrecht und experimentiert bereits mit der Zusammenfassung dieser „Assets“ in sogenannten „Wissensbilanzen“. ⁹ Aber diese Kontrolle bleibt letztlich begrenzt: das lebendige Wissen kann nicht gekauft und besessen werden, es muss freiwillig in das Projekt eingebracht werden. Daraus leitet auf der anderen Seite die Open-Source- und Free-Software-Bewegung die Idee einer Ökonomie jenseits des Privateigentums und der Kontrolle durch die Kapitaleigentümer ab: die Idee einer freien Netzwerkgesellschaft auf der Grundlage einer Ökonomie der Gemeingüter. ¹⁰ Als deren selbstbewusste Akteure gelten die genannten Symbolanalytiker, deren hohes fachliches Wissen in Verbindung mit ihrer Vernetzungsfähigkeit als Quelle sozialer Emanzipation, als Chance sozialer Mündigkeit und Selbstständigkeit, Befreiung von Hierarchien, Kontrolle und Befehlen gilt.

Wir leben in der Industriegesellschaft – trotz Rückgang industrieller Arbeitsplätze und Zunahme im Dienstleistungsbereich

Um wie viele Menschen geht es, auf die so viele Hoffnungen gerichtet sind? Um wenige. Symbolanalytiker und die kreative Klasse (bei der schon der Begriff Klasse irreführt) sind eine sehr kleine Gruppe. Ihre Arbeit ist in aller Regel als unternehmensnahe Dienstleistung organisiert. Und die findet im institutionellen Kontext der Industriegesellschaft statt. Richtig ist aber, dass wir in Deutschland und in den meisten westlichen Industrieländern einen sektoralen Wandel von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen von der Industrie zum Dienstleistungsbereich beobachten. Nur darf man daraus nicht den Schluss eines Abschieds von der Industriegesellschaft ziehen. Die Industriegesellschaft bleibt die Basis der gesellschaftlichen Arbeit. ¹¹

Tatsächlich findet seit Jahren ein Prozess der De-Industrialisierung statt: der Anteil der verarbeitenden Industrie (in Deutschland mit den wichtigen Sektoren Automobil, Chemie, Pharmazeutika und dem Bereich der Investitionsgüter wie Maschinenbau, elektrische Ausrüstungen etc.) an der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung schrumpft, meist verbunden mit einem Abbau von Arbeitsplätzen in diesem Sektor. Das ist ein langfristiger Trend, der freilich in den letzten 10 Jahren in Deutschland aufgehalten wurde, während er sich in der Europäischen Union ungebremst

⁹ Das offenkundigste Problem von Wissensbilanzen besteht darin, dass der größte Firmenwert, nämlich das lebendige Wissen ihrer Mitarbeiter/innen und die aus ihrer Interaktion hervorgehende Innovationskraft des Unternehmens, nicht als Eigentum kontrolliert werden kann. Die Mitarbeiter können das Unternehmen auf eigene Initiative hin verlassen.

¹⁰ André Gorz, „Welches Wissen? Welche Gesellschaft?“, Beitrag zum Kongress der Heinrich Böll Stiftung „Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft“, Münster 2002, S. 14 – 35 (auch online verfügbar unter: <http://www.wissensgesellschaft.org/themen/orientierung/welchegesellschaft.html>). Diesen Text hat Gorz kurze Zeit später zu seinem Buch „Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie“, Zürich 2004, ausgearbeitet.

¹¹ Hierzu: Birger P. Priddat/Klaus-W. West (Hg.), Die Modernität der Industrie, Marburg 2012. Darin besonders: Manfred Moldaschl, „Mythen der Modernisierung – Arbeit in der Wissensökonomie“, S. 215 – 247.

fortsetzte. In der EU hat sich der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung von 2001 bis 2011 von 18 auf 15,5 Prozent verringert. Im selben Zeitraum stieg dieser Anteil in Deutschland von 22,1 auf 22,6 Prozent¹². Dennoch hält auch in Deutschland der langfristige Trend an: in den 70er Jahren lag dieser Anteil der Industrie noch bei 37 Prozent. Zum Vergleich: 1979 betrug im United Kingdom der industrielle Anteil 33 Prozent, 2011 lag er bei 10,8 Prozent. In diesem Zeitraum entsteht in der Londoner City die moderne Finanzwirtschaft.

Gründe für diesen Trend sind zu finden in Rationalisierungsprozessen der Industrie sowie in der Entgrenzung nationaler Arbeitsmärkte in Folge der Globalisierung. Die Konkurrenz auf den internationalen Produktmärkten, in jüngerer Zeit auch die durch Kommunikationstechnik und Internet eröffnete Möglichkeit der Auslagerung von bisher für immobil gehaltenen Produktionsstätten, führt zur Abwanderung oft ganzer Produktionsbereiche in osteuropäische Staaten und Schwellenländer, die im industriellen Sektor billiger und mit gleicher Qualität produzieren können. Die voraussehbare Herausforderung für Deutschland (und andere exportorientierte Industrieländer) bestand im relativen Bedeutungsverlust traditioneller Qualifikationssysteme und in der Notwendigkeit des Aufbaus neuer Felder der Arbeit außerhalb des industriellen Sektors im Bereich der Dienstleistungen oder des tertiären Sektors.

Die Politik in Deutschland reagiert in den 70er Jahren mit der Bildungsexpansion, die seit den 60er Jahren gefordert wurde.¹³ Durch die Hebung aller Begabungsreserven sollte in einem an natürlichen Ressourcen armen Land wie Deutschland Humankapital gebildet und so den langfristigen Trends der industriellen Entwicklung, des internationalen Wettbewerbs und des Ausbaus des Dienstleistungssektors entsprochen werden. Diese Bildungsexpansion hat wirklich stattgefunden, aber die damit verbundene Hoffnung hat sich nur sehr eingeschränkt erfüllt, auch sozial aufzusteigen und eine den gestiegenen Qualifikationen entsprechende anforderungsreichere und besser bezahlte Arbeit zu finden. Der horizontalen Mobilität vom Industriebereich in den Dienstleistungsbereich entspricht nur eingeschränkt die vertikale Mobilität, also der soziale Aufstieg. Das klarste Beispiel sind die Leiharbeiter, die zwar zu einem großen Teil in der Industrie eingesetzt werden, jedoch zu schlechteren Bedingungen für Dienstleistungsunternehmen arbeiten und entsprechend in der Statistik auch als Dienstleister ausgewiesen werden. Nimmt man den Datenreport 2011 zur Hand, so erfährt man, dass es im Dienstleistungsbereich vor allem Zuwächse bei den Frauen im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen gegeben hat: Gebäudereinigung, Verkäuferin, Bürofachkräfte, Verwaltung im mittleren Dienst, Krankenschwester und Erzieherin. Bei den Männern bleibt der Berufskraftfahrer der Top-Job.¹⁴ Für die „gefesselte Wissensgesellschaft“¹⁵ sind besonders zwei Ursachen verantwortlich zu machen: Erstens das Fortbestehen der traditionellen Geschlechterrollen und des Normalarbeitsverhältnisses. Zwar arbeiten heute viel mehr Frauen als vor 20 Jahren. Aber die meisten von ihnen stehen für die o.g. totale Mobilisierung nicht zur Verfügung. Sie suchen im

¹² Karl Brenke, „Industrielle Entwicklung: Deutschland und Frankreich driften auseinander“. DIW Wochenbericht Nr. 48.2012, S. 3 – 14, hier S. 5 (Tabelle 1).

¹³ Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg im Breisgau 1964; Ralf Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965; Daniel Bell: The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting, New York 1973.

¹⁴ Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2011, S. 104, Tabelle 4.

¹⁵ Michael Vester, „Die gefesselte Wissensgesellschaft“. In: Uwe H. Bittlingmeier/Ullrich Bauer (Hg.): Die „Wissensgesellschaft“. Mythos, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden 2006, S. 173 – 219.

personennahen Dienstleistungsbereich Teilzeitjobs, weil sie sich weiter um Kinder und Haushalt kümmern wollen oder faktisch dazu aufgefordert werden. Ihre Männer hingegen gehen in weit höherem Maße einer Vollzeitbeschäftigung nach. Zweitens die Schließungseffekte der Bildungsexpansion, durch die sich Bildungsaufsteiger der 70er Jahre gegen eine fortgesetzte Dynamik des Aufstiegs durch Bildung absichern. Dazu mehr im nächsten Abschnitt.

Bildungspolitische Implikationen des Konzepts Wissensgesellschaft

Akademisierung

Allgemein und ganz besonders von der Europäischen Union¹⁶ wird das Konzept Wissensgesellschaft mit dem Trend zur Akademisierung in Verbindung gebracht. Wenn immer mehr junge Menschen studieren, gilt das als zeitgemäß und wird von der Politik als Erfolg gefeiert. Was bedeutet aber Akademisierung? Mehr Menschen, die sich in der Wissensgesellschaft als Manager, Experten oder Supervisoren betätigen und im Verteilungskampf um Geld und Einfluss eine Prämie für ihren akademischen Abschluss verlangen? Oder mehr Menschen, die einen akademischen Habitus ausbilden, der sie immer auch auf ihre Verantwortung für das Gemeinwohl verpflichtet? Humboldt, der zu den Gründern der modernen Universität gehört, dachte sie sich als eine Republik der Wissenschaften, deren Mitglieder, Forschende, Lehrende und Lernende, Bürger eines republikanischen Gemeinwesens sind. Dieses sei seinem Wesen nach international und wie wir heute sagen würden: global orientiert, seine Bürger arbeiten an globalen Problemen, für deren Lösung sie mit ihrem Wissen, ihrer Fähigkeit zur Reflexion der Begrenztheit ihres Wissens und der Komplexität nicht-linearer gesellschaftlicher Entwicklungen Verantwortung übernehmen. Er stellte sich vor, dass sämtliche Absolventen dieser republikanischen Institutionen in den Staatsdienst gehen und dort am Gemeinwohl arbeiten. Das kann heute nicht die Perspektive sein. Aber die Frage bleibt doch berechtigt, ob akademisch Bildung auch heute noch durch Wahrheitsorientierung und Wissenschaftlichkeit¹⁷ in Verbindung mit kooperativem Service Learning und problemorientiertem

¹⁶ Eine Interpretation der wichtigsten Beschlüsse und Konzepte der EU zu Hochschul- und Berufsbildung geben: Justin J. Powell, Nadine Bernhard, Lukas Graf, „Amerikanisierung oder Europäisierung der (Aus)Bildung? Die Bologna- und Kopenhagen-Prozesse und das neue europäische Modell der Hochschul- und Berufsbildung“. In: Rolf Becker/Heike Solga (Hg.): *Soziologische Bildungsforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 2012, S. 437 - 458.

¹⁷ Wissenschaft ist Wahrheitskommunikation. Sie hat an den Hochschulen vielfach noch nicht das Niveau des (informations)technisch Möglichen erreicht. Stattdessen prämiert sie durch Urheberrecht und Reputation zünftig-handwerkliche Meister (seltener Meisterinnen), die individuelle (Spitzen)Leistungen erbringen. Wenn die Fähigkeit zu kooperativem Handeln in komplexen Gesellschaften immer größere Bedeutung gewinnt, dann wird sie in den herkömmlichen Formen des akademischen Lern- und Konkurrenz-Betriebs nur sehr eingeschränkt erworben. Der modernen Hochschule steht durch die Informatisierung noch ihre Industrialisierung als Überwindung der zünftigen Tradition der Meister und Künstler bevor. Informatisierte Wissenschaft wird zu kooperativer Wahrheitskommunikation auf dem Stand der Technik. Das ist die Perspektive des klugen Aufsatzes von Martin Rost, „Zur Produktion der wissenschaftlichen Kommunikation im digitalen Zeitalter“. In: *Universitäten in der Wissensgesellschaft. Erfurter Universitätsreden 1999/2000*. Hg. Universität Erfurt/Heinrich Böll Stiftung. München 2001, S. 145 – 167. Die Schrift von Yehuda Elkana/Hannes Klöpffer, *Die Universität im 21. Jahrhundert. Für eine neue Einheit von Lehre, Forschung und Gesellschaft*, Hamburg 2012, diskutiert zwar (S. 390 – 499) die Perspektiven der „Universität im digitalen Zeitalter“, belässt es aber bei den didaktischen Möglichkeiten und sieht nicht, wie sich das Produktionsregime von Wissenschaft wandeln könnte.

Lernen auf engagierte Bürger zielt, die an der Lösung globaler Probleme arbeiten und in komplexen Situationen riskante Entscheidungen verantwortlich treffen können.

Anteil der Akademisierten als Gradmesser, Beschleunigter Output durch europäischen Hochschulraum und Vereinfachung des Studiums

Der Weg aber, auf den sich die europäischen Hochschulen gemacht haben, weist in eine andere Richtung. Unter den Vorzeichen, dass sich Europas Gesellschaften von Industrie- zu Wissensgesellschaften entwickeln, wurden der Anteil der akademisch Ausgebildeten zum Gradmesser ihrer Modernisierung und die Hochschulen zu Massenhochschulen der Ausbildung durch Vermittlung von Wissen. Ein europäisches System der Bachelor- und Master-Studiengänge hat den Anteil der Studierenden durch Verkürzung der Verweildauer in die Höhe schnellen lassen.¹⁸ Wie immer die Qualität dieser Ausbildungsstätten beurteilt werden mag, der Ausbildung des akademischen Habitus des Bürgers eines republikanischen Gemeinwesens dient sie meist nicht. Die Hochschuldidaktiker empfehlen zwar den Schritt „vom Lehren zum Lernen“ und Propagieren das problemorientierte Lernen. Im Grunde greifen sie aber nur auf die Ideen des Lernens im wissenschaftlichen Seminar zurück – und sind damit weit von der Wirklichkeit des Massenbetriebs entfernt. In Wirklichkeit wird Hochschulbildung mehr und mehr zu einer Berufsbildung ohne klare Perspektive für die Individuen. Sie vermitteln vielfach nicht kollektive Beruflichkeit, sondern individuelle Beschäftigungsfähigkeit (employability) – jedoch verbunden mit dem Versprechen erheblicher Status- und Einkommensvorteile. Das hat Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Akademisierung ist ein parteilicher Indikator – sie geht vielfach mit hoher Jugendarbeitslosigkeit einher

Immer wieder wird behauptet, die Akademisierung folge gestiegenen wissenschaftlichen Ansprüchen des Arbeitsmarkts. Richtig daran ist, dass im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen mehr Menschen mit wissenschaftlicher Ausbildung gebraucht werden. Dieser Bereich ist jedoch begrenzt. Richtig bleibt aber, dass akademisch gebildete Menschen besser in einer Gesellschaft zurechtkommen, die immer mehr Wert legt auf die Fähigkeit zu Eigenverantwortung und individueller Vorsorge. Sie leben in den meisten Ländern der OECD und auch in Deutschland länger und gesünder, zeigen höhere politische und soziale Teilhabe und finden auch leichter als andere einen Arbeitsplatz: oft zunächst einen Praktikumsplatz, dann eine Hilfstätigkeit, aber irgendwann auch einen dauerhaften Platz auf den mittleren oder oberen Ebenen der betrieblichen Hierarchien, wo sich ihnen mehr individuelle Wahlmöglichkeiten der Berufs- und Erwerbskarriere und bessere Entfaltungs- und Entwicklungschancen am Arbeitsplatz bieten. Die Arbeitslosigkeit von Akademikern ist signifikant niedriger als die der Gruppe der beruflich Gebildeten und besonders der gering oder gar nicht Qualifizierten. Akademiker sind die Leitfiguren des Konzepts des Sozialinvestitionsstaats¹⁹, weil sie als starke Marktakteure besser für sich selber sorgen können und

¹⁸ Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2012, Seite 173ff. Siehe: http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/education/bildung-auf-einen-blick-2012-oecd-indikatoren_eag-2012-de.

¹⁹ Vgl. Neil Gilbert, The „Enabling State?“ from public to private responsibility for social protection: Pathways and pitfalls. OECD Social, Employment And Migration Working Papers 26, Paris 2005.

weniger soziale Kosten erzeugen – unabhängig davon, ob sie wirklich in eine der prestigeträchtigen und gut bezahlten Stellen in Industrie oder unternehmensnahen Dienstleistungen aufsteigen.

Das gilt auch für Menschen in Gesellschaften, denen die industrielle Basis für unternehmensbezogenen Dienstleistungen fehlt. Auch hier wächst der Dienstleistungsbereich, aber noch stärker als in Deutschland in den Segmenten der personenbezogenen Dienstleistungen für Tourismus, Gesundheit, Pflege, Reinigung und Transport. Eine Vielzahl erbringt hier Dienstleistungen für die Wenigen, die einen der raren Jobs für Hoch-Qualifizierte mit hohem Sozialprestige erlangt haben. Noch erstaunlicher: Griechenland hat eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch gibt es Hinweise, dass „dem deutlichen Überangebot (...) an höher qualifizierten Personen mit Universitäts- und Fachhochschulabschluss (...) ein chronisches Defizit an an Facharbeitern, Meistern und Technikern“ gegenübersteht.²⁰ In vielen Ländern Europas bedeutet die Akademisierung daher zunächst Aufschub der frustrierenden Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, Praktika etc. Sie verdeckt die Jugendarbeitslosigkeit, wenn wir die Gruppe der Jugendlichen nicht eng (15 bis 24 Jahre), sondern weiter von 15 bis 29 Jahre fassen. Nehmen wir die Situation der jungen Menschen nach Abschluss ihres Studiums in den Blick, so sehen wir, dass die von der OECD gelobte Erhöhung der Hochschulbeteiligung (z.B. Polen 85%, Portugal 84%) und der (erwarteten) Hochschulabschlüsse (z.B. Polen: 51%) mit hoher und extrem hoher Jugendarbeitslosigkeit zusammen geht: in Polen 27% und in Portugal 39%. Dagegen werden Länder wie Deutschland oder die Schweiz wegen ihrer geringen Akademisierungsquote kritisiert, obwohl die Jugendarbeitslosigkeit mit 8,1% in Deutschland²¹ und 3,5% in der Schweiz²² weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt. Das sind nun aber Länder mit starker industrieller Basis und einem System der dualen Berufsausbildung, das einem Großteil der Jugendlichen, die etwa in Portugal mit akademischem Abschluss kellnern, gut bezahlte Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk vermittelt. Dieser Sachverhalt ist der Europäischen Union nicht verborgen geblieben, so dass sie heute eine Re-Industrialisierung Europas fordert – eingeleitet durch eine sozial-ökologische dritte industrielle Revolution, die den Herausforderungen von Klimawandel und Massenarbeitslosigkeit gleichermaßen gerecht werden soll.²³

Bleibt festzuhalten, dass die Steigerung der Akademikerrate ein fragwürdiger Indikator für Modernisierung und gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit ist, wenn wir die hohe Jugendarbeitslosigkeit dagegenhalten, von der sie in vielen Ländern begleitet wird. Dennoch muss zwischen den arbeitslosen akademischen Jugendlichen und den Arbeitslosen mit meist nur schulischer beruflicher Ausbildung oder gar keiner Ausbildung unterschieden werden: Denn es trifft schon zu, dass die hohen öffentlichen Zuschüsse für ihre Hochschulbildung, die den öffentlichen Aufwand für die anderen Jugendlichen bei weitem übertreffen, Sozialinvestitionen in starke Marktteilnehmer sind. Schließlich kommen sie ja auch besser zurecht als ihre weniger gut ge- und ausgebildeten arbeitslosen Peers. Im Zweifel gelingt es den Starken, die Schwächeren durch ihre vielfach nutzbare

²⁰ Stavros Stavrou, Die berufliche Erst- und Weiterbildung in Griechenland. Ein Überblick“, unveröffentlichtes Manuskript Berlin/Thessaloniki 2012, 27 Seiten, hier S.17. Dr. Stavrou war von 1994 bis 2005 stellvertretender Direktor des CEDEFOP (Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung) mit Sitz in Thessaloniki/Griechenland.

²¹ Siehe: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>

²² Neue Zürcher Zeitung vom 7. September 2012

(<http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/jugendarbeitslosigkeit-steigt-in-der-schweiz-spuerbar-an-1.17577288>)

²³ Presseerklärung der Europäischen Kommission vom 10. Oktober 2012: „Neue industrielle Revolution für eine Rückkehr der Industrie nach Europa“ (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1085_de.htm)

Beschäftigungsfähigkeit zu verdrängen. Hinzu kommt, dass sie die Schwachen, die ja meist wegen ihrer Abneigung gegenüber dem theoretischen Lernen nicht zur Hochschule gegangen sind oder gehen durften, mit dem Verweis auf das für die Beschäftigungsfähigkeit erforderliche lebenslange Lernen nur noch mehr frustrieren. Auf einem Markt, der die durch das Studium vermittelte flexible und lernbereite Beschäftigungsfähigkeit prämiert, sind diese schwachen Jugendlichen die großen Verlierer: gedemütigte Bildungsversager einer Gesellschaft, die mehr und mehr die Hochschulbildung zum Gradmesser guter Bildung macht und damit zum Parteigänger wird.

Akademikerprämie: Einkommenszuschläge für akademische Bildung

Länder mit einer industriellen Basis und einem System der dualen Berufsausbildung verfügen über einen hohen Anteil an gut gebildeten Menschen mit einem Abschluss im Sekundarbereich II- über alle Altersgruppen hinweg. Das dürfte die Basis für den sozialen Zusammenhalt sein. Aufgrund des ausgebauten Systems allgemein bildender und beruflicher Bildungsgänge in Deutschland ist der Anteil der Bevölkerung, der mindestens über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt, mit 85 % im Vergleich zum OECD-Durchschnitt von 73% und EU-Durchschnitt von 75 % sehr hoch. Höhere Anteile erreichen nur acht OECD-Staaten bzw. fünf EU-Staaten, darunter die Tschechische Republik und Slowakische Republik, die mit jeweils 91 % den Spitzenwert aufweisen. Der akademische Abschluss im Tertiärbereich ermöglicht zwar immer noch beachtliche Einkommensvorsprünge, aber weil die Gesamtzahl der Akademiker nicht so groß ist wie in den von der OECD gepriesenen Ländern, öffnet sich die Einkommensschere nicht so weit. So beträgt das Einkommen von 25-64 Jährigen mit Abschluss im Tertiärbereich in Deutschland 157% des Einkommens der Erwerbstätigen mit Abschluss im Sekundärbereich oder mit beruflicher Ausbildung unterhalb des Tertiärbereichs. Diese Gruppe wiederum erzielt immer noch ein um 13% höheres Einkommen als Erwerbstätige mit Abschluss unterhalb des Sekundärbereichs II.²⁴ In den USA zum Beispiel, die seit den 70er Jahren die Akademikerquote gesteigert haben, liegt der Einkommensvorteil für Akademiker bei rund 180 Prozent.

Bildungswettbewerb: Abwertung der beruflichen Bildung

Gerade das Beispiel der hohen Akademikerquote in den USA zeigt, dass der Einkommenszuschlag für Akademiker nicht oder jedenfalls nicht allein als Preissignal für ein zu geringes Angebot interpretiert werden kann.²⁵ Auf- und Abwertungsprozesse und die Verschiebung gesellschaftlicher Macht spielen dabei auch eine Rolle. So ist das „college wage premium“, das in den USA den Akademikern zugutekommt, Resultat eines langen Prozesses der De-Qualifizierung und Abwertung gewerkschaftlich organisierter beruflicher Bildung, mit dem die Wirtschaft der USA seit den 70er Jahren die Macht der Gewerkschaften schwächen wollte. Mit der De-Qualifizierung wurde in den

²⁴ Kultusministerkonferenz / Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011: OECD-Veröffentlichung Bildung auf einen Blick. Wesentliche Ergebnisse der Ausgabe 2011, S.9 (http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2011/eag_2011_Lange_PM.pdf); siehe auch Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2012, S. 191ff.

²⁵ Anders die OECD (2011, s.168): „Der relative Einkommenszuschlag für Absolventen des Tertiärbereichs ist in den meisten Ländern gestiegen, ein Beleg dafür, dass das Angebot an besser ausgebildeten Arbeitskräften in den meisten Ländern noch hinter der Nachfrage zurückbleibt.“

Betrieben ein rigides Produktionsregime eingerichtet, das strikt zwischen Konzeption und Ausführung trennt. Die Ausführung wird die Domäne der praktisch Tätigen – der Handarbeiter. Ihre Zahl wurde mit jedem Schritt der De-Qualifizierung und Spezialisierung (im Sinne der Verengung auf wenige eng definierte Aufgaben) vergrößert. Die Konzeption wird hingegen zur neuen Domäne der sich ausbreitenden akademisch gebildeten Mittelschicht, die als Manager und Supervisoren – als Kopfarbeiter - die Aufsicht über die Ausführenden im Betrieb haben und im Privaten das erweiterte Angebot an personenbezogenen Diensten der Boten, Putzfrauen und Kindergärtnerinnen in Anspruch nehmen.²⁶ Von solchen sozialen Prozessen ist in der Regel nicht die Rede, wenn die Europäische Union mit Kurs auf die Wissensgesellschaft sich u.a. die USA zum Vorbild nimmt. Gilt das auch für Deutschland, das mit seinem System der beruflichen Bildung eine Alternative zur Hochschulbildung anbietet und das den Akademikeranteil nur langsam steigert? Der Tendenz nach ja. Auch in Deutschland, besonders im Zuge ihrer Europäisierung, gerät die Berufsbildung unter Abwertungsdruck.

Vorteile beruflicher Bildung für Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt

Halten wir zunächst noch einmal fest, dass in allen Ländern mit einer dualen beruflichen Bildung die Jugendarbeitslosigkeit signifikant niedriger ist als in Ländern, die die berufliche Bildung überwiegend schulisch (ergänzt um gelegentliche Praktika) oder betrieblich als Training im Betrieb organisieren. Es lohnt also, über ihre Vorteile und die Bedingungen ihres Erfolgs nachzudenken. Eine industrielle Basis gehört zu ihren offensichtlichen Bedingungen, denn ein Großteil der dualen Berufsbildung findet in Industrie und Handwerk statt und ermöglicht den Wechsel von einer handwerklichen Ausbildung (etwas im KFZ-Handwerk) in die Industrie (etwa die Autoindustrie). Das Fähigkeitsprofil der beruflichen Bildung setzt – anders als in den USA mit der rigiden Trennung zwischen Ausführen und Kontrollieren – sehr viel stärker auf polyvalente Arbeitskräfte, die kollektiv einen ganzheitlichen Beruf erlernen, der für die Bewältigung von Aufgaben im Prozess qualifiziert. Kollektive Beruflichkeit der Arbeitskräfte erlaubt ein anderes Produktionsregime, das ein hohes Maß an Selbständigkeit und Flexibilität der Arbeitskräfte und flache betriebliche Hierarchien erlaubt.

Dieses einzelbetriebliche Arrangement hat starke institutionelle Voraussetzungen. In Deutschland bestehen sie aus der Dreierbeziehung zwischen Staat (der für den berufsschulischen Teil der Ausbildung verantwortlich ist und die Validität der Abschlüsse garantiert), starken Gewerkschaften und starken Arbeitgeberverbänden. Die Gewerkschaften garantieren den Arbeitgebern, dass sie die Standards und damit auch die Kosten der beruflichen Bildung im Betrieb in der ganzen Branche durchsetzen, so dass es nicht zu den aus einzelbetrieblicher Sicht befürchteten Trittbrettereffekten kommt, die eintreten würden, wenn Unternehmen ohne Ausbildungsbeitrag an anderer Stelle qualifizierte Arbeitskräfte anwerben. Unternehmen, die die erheblichen Kosten für die berufliche Bildung auf sich nehmen und so eine soziale Verantwortung übernehmen, können sicher sein, dass

²⁶ Wolfgang Streeck, „Skills and Politics. General and Specific“, MPIfG Discussion Paper 11/1. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2011, S. 1-32 (http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp11-1.pdf).

Streeck (S. 25) macht auch darauf aufmerksam, dass in den USA die Berufsschule bis heute als Reserveschule für Afro-Americans betrachtet werde. Die Unterscheidung zwischen beruflich und akademisch sei viel stärker rassistisch und klassenmäßig konnotiert als in Europa – aber Europa hole auf.

sie am Ende damit nicht allein bleiben und ausgenutzt werden. Der Gewinn der Gewerkschaft wiederum liegt darin, dass sie die berufliche Bildung für die Rekrutierung junger Mitglieder nutzen und durch die Portabilität der Qualifikationen den Wert der beruflich gebildeten Arbeitskräfte steigern. Am Ende profitieren alle von den Vorteilen einer sozialpartnerschaftlichen Kooperation, die aus einzelbetrieblicher Sicht unsinnig erscheint. Die duale berufliche Bildung führt zu einem Pool qualifizierter Arbeitskräfte mit aufgaben-orientierten und transportablen Fähigkeiten, der der ganzen Industrie und den industrienahen Unternehmen zur Verfügung steht und offene und flexible Arbeitsmärkte ermöglicht.²⁷

So die Situation bis etwa 1970. Seitdem steht die berufliche Bildung als Modell der Sozialintegration möglichst aller Jugendlichen, die keinen Hochschulabschluss anstreben, unter Druck. Und dies aus drei Gründen: zum einen steigerten die Betriebe im Einvernehmen mit den Gewerkschaften die Anforderungen der beruflichen Bildung kontinuierlich. Zum ersten Mal entstand das Problem der „Ausbildungsfähigkeit“. Grund- und Sekundarschulen gelang es nicht mehr, alle Jugendlichen auf eine berufliche Ausbildung vorzubereiten. Zum zweiten entzog die Öffnung der Hochschulen der Berufsbildung mehr leistungsfähige junge Menschen, denen sie bessere ökonomische Aussichten und höheres Sozialprestige in Aussicht stellte. Der dritte Grund ist in der allmählichen Auflösung der Unternehmensverbände und dem Austritt etlicher Unternehmen aus dem System der Berufsbildung zu sehen. Der Vorteil einer Ausbildung in etwa 300 breit definierten Berufen (das ist die Zahl in Deutschland) erweist sich so für diejenigen, die keine Ausbildungsplatz und keine Ausbildung erhalten, als Schließung: keine Ausbildung – kein Job. Das Ergebnis ist, dass in Deutschland im Unterschied zu den Ländern mit nicht-dualer Berufsausbildung nahezu alle, die eine berufliche Ausbildung durchlaufen haben, Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Dagegen haben diejenigen ohne berufliche Ausbildung schlechte Chancen. Arbeitslose Jugendliche in Deutschland gehören fast ausschließlich zu dieser Gruppe.²⁸

Die Europäische Union will diesen Jugendlichen durch eine Flexibilisierung der Berufsausbildung entgegenkommen. Mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen, der zu einer Vereinheitlichung der beruflichen Bildung in Europa führen soll, strebt sie eine Transformation der kollektiven Berufsbildung hin zu einem stärker auf einzelbetriebliche Bedürfnisse zugeschnittenen System an – und stößt damit bei den deutschen Gewerkschaften auf großen Widerstand, während größere Unternehmen dieses Vorhaben als Gelegenheit nutzen, um sich von der Bildung hoher portabler beruflicher Qualifikationen und damit einen Schritt mehr von der Sozialpartnerschaft zu verabschieden. Wie diese europäische Strategie zugunsten einer Berufsausbildung, die schon heute weit weniger erfolgreich ist als die duale, aufgehen soll und wie sie sich mit einem Aufbruch in Richtung Re-Industrialisierung verbinden lassen soll, bleibt vorerst im Dunklen.

Soziale Schließung und Bildungspanik

Wir leben in einer Industriegesellschaft, die von den Menschen immer höhere Qualifikationen abfordert. Das ist der rationale Kern der Rede, dass heute besseres und mehr Wissen und die Fähigkeit zu Selbstständigkeit und Kooperation die Beschäftigungsfähigkeit steigern. Dieses Ziel lässt sich auf dem Wege der beruflichen Bildung oder auf dem Wege der Steigerung der Hochschulbildung

²⁷ Nach Streeck (Anm. 25), S. 11/12.

²⁸ Karl Brenke, „Arbeitslosigkeit in Europa: Jugendliche sind viel stärker betroffen als Erwachsene“. DIW Wochenbericht Nr. 30.2012.

erreichen. Alles spricht dafür, dass die berufliche Bildung mehr und mehr in Richtung Beschäftigungsfähigkeit abgewertet und auf einzelbetriebliche Bedürfnisse an Handarbeit zugeschnitten wird, während die Hochschulbildung die marktstarken Manager und Kontrolleure der Zukunft hervorbringen soll. Bildung erzeugt hier nicht nur soziale Ungleichheit, sie rechtfertigt sie auch nach dem Maßstab der individuellen Leistungsgerechtigkeit. Danach soll die individuelle Bildungsleistung fairerweise über die soziale Stellung entscheiden. Aufstieg durch Bildung ist die Formel, mit der sich das individualistische Bürgertum einen strategischen Vorteil gegenüber dem System kollektiver Berufsbildung verschafft, weil akademische Bildung und Abschlüsse, die zu ihr hinführen, prinzipiell höher bewertet werden als die berufliche Bildung. Hinzu kommt, dass die Öffnung der Hochschulen, die in den 70er Jahren von vielen aufstiegswilligen Kindern und Jugendlichen der Arbeiterklasse für den Aufstieg vor allem in den Öffentlichen Dienst (dessen Ausbau dann sehr bald begrenzt wurde) genutzt wurde, in der Folge zu einer neuen Schließung führte: immer mehr Kinder aus der breiter werdenden Schicht der akademisch gebildeten Eltern streben an die Hochschulen, an denen das akademisch gebildete Bürgertum sich selbst begegnet²⁹ und die Jugendlichen marginalisiert, die erstmals den Schritt aus dem Schatten ihrer nicht-akademischen Familien riskieren.³⁰ Der mit der Öffnung der Hochschulen eingeführte Numerus Clausus tat ein Übriges, die Studiengänge mit der höchsten Reputation und den besten Statusaussichten (z.B. Medizin) für die Kinder aus den besser gestellten und meist sogar einschlägig akademisch geprägten Familien zu reservieren.

Um den Zugang zu den Hochschulen durch Gesamt-, Gemeinschaftsschulen oder Gymnasien wird mit harten Bandagen gekämpft. Das akademisch gebildete Bürgertum verteidigt seine Statusvorteile und droht mit der Auswanderung aus dem öffentlichen Schulsystem, wenn ihm mit dem Gymnasium die Leitinstitution der schulischen Bildung abhanden zu kommen droht. „Bildungspanic“³¹ bricht aus, wenn die schulische Bildung nur noch sozialisieren und nicht mehr differenzieren und selektieren soll. Damit würde in der Tat das pädagogische Ziel universalistischer Leistungserwartungen verletzt.³² Bude, der den Begriff „Bildungspanic“ geprägt hat, empfiehlt von radikalen institutionellen Reformen aus politischen und sozialen Gründen abzusehen, die das Gymnasium in Frage stellen, und stattdessen die berufliche Bildung zu stärken. Das verweist zurück auf die große Frage, ob Europa bereit und in der Lage ist, im Wege einer ökologisch-soziale Re-Industrialisierung auch eine sozialpartnerschaftliche duale Berufsbildung zu entwickeln.

²⁹ Hierzu die zahlreichen Arbeiten von Tino Bargel. Z.B. „Soziale Ungleichheit im Hochschulwesen. Barrieren für Bildungsaufsteiger“. Universität Konstanz: Arbeitsgruppe Hochschulforschung. Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 49, Konstanz 2007. (http://cms.uni-konstanz.de/index.php?eID=tx_nawsecured1&u=0&file=fileadmin/gso/ag-hochschulforschung/publikationen/PublikatBerichte/Heft49_SozUngl.pdf)

³⁰ Eine wichtige Initiative zur Förderung gerader dieser „ersten Generation“ an den Hochschulen ist „Arbeiterkind“: <http://www.arbeiterkind.de/>

³¹ Heinz Bude, Bildungspanic. Was unsere Gesellschaft spaltet, München 2011.

³² Zur Diskussion der sozialisierenden, verähnlichenden, Funktion und der differenzierenden Funktion schulischer Bildung siehe Heinrich Böll Stiftung, Leistung muss sich lohnen. Suche nach Reformbremsen im deutschen Bildungssystem: <http://www.boell.de/bildungskultur/bildungssystem/bildungssystem-2119.html>.

Darin besonders der Aufsatz von Heinz-Elmar Tenorth, „Ein Votum für Leistungsuniversalismus auch in Schulen“ (http://www.boell.de/downloads/bildungskultur/Tenorth_Ein_Votum_fuer_Leistungsuniversalismus_2007-10-10.pdf)

